Grundwissen soziale Sicherheit www.issa.int

issa | INTERNATIONALE VEREINIGUNG FÜR SOZIALE SICHERHEIT | IVSS

Technischer Bericht 18

Kinder und Migration

Integration von Migranten und ihren Kindern in der Europäischen Union – die Rolle der Einrichtungen der sozialen Sicherheit

Bernard Crépeau
Vizepräsident
Zentralkasse der sozialen landwirtschaftlichen Hilfsvereine auf Gegenseitigkeit
Frankreich

Kinder und Migration

Integration von Migranten und ihren Kindern in der Europäischen Union – die Rolle der Einrichtungen der sozialen Sicherheit

Bernard Crépeau
Vizepräsident
Zentralkasse der sozialen landwirtschaftlichen Hilfsvereine auf Gegenseitigkeit
Frankreich

Fachausschuss für Familienzulagen
28. Generalversammlung der IVSS, Beijing, 12-18 September 2004

Die Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS) ist die weltweit führende internationale Organisation, die nationale Verwaltungen und Träger der sozialen Sicherheit zusammenbringt. Die IVSS stellt Information, Forschung und Expertenwissen sowie Foren für die Mitglieder zur Förderung einer dynamischen sozialen Sicherheit auf internationaler Ebene ereit. Ein Großteil der IVSS-Aktivitäten zur Förderung gutter Praxis wird von ihren Fachausschüssen geleistet, die sich aus engagierten Mitgliedsorganisationen zusammensetzen und von diesen mit Unterstützung des IVSS-Sekretariats geleitet werden.

Dieser Bericht ist erhältlich unter: http://www.issa.int/Ressourcen. Die geäußerten Ansichten und Meinungen entsprechen nicht unbedingt jenen der Herausgeber.

Erste Veröffentlichung 2004.
© Internationale Vereinigung für soziale Sicherheit, 2008

Zusammenfassung

Während die Zahl der Migranten aus Nicht-EU-Ländern in der Europäischen Union (EU) immer weiter wächst, ändert sich mit einer großen Zahl von Familienzusammenführungen die Struktur der Einwanderung. Angesichts dieser Situation lassen sich zwei Kategorien von Migranten unterscheiden: die Migrantenfamilie und die Kinder von Migranten. Berücksichtigen die europäischen Systeme der sozialen Sicherheit die Lage letzterer über die reine Erbringung von Leistungen hinaus?

So lautet die Ausgangsfrage für die vorliegende Studie, die eine Felduntersuchung in sechs EU-Ländern vornimmt, um Beispiele für konkrete Aktionen von Einrichtungen der sozialen Sicherheit zugunsten der Migranten und ihrer Kinder zu finden.

Die Verwendung des Begriffes Kinder von Migranten würde es erlauben, besser auf die besonderen Bedürfnisse dieser Personengruppe einzugehen. Die verschiedenen nationalen Integrationsmaßnahmen meiden jedoch diesen Begriff: Dies kommt in den Initiativen von Einrichtungen der sozialen Sicherheit zum Ausdruck.

Die fehlenden Maßnahmen für Kinder von Migranten werden allerdings durch Maßnahmen zur Integration der Migrantenfamilien aufgewogen: Die Familie und insbesondere die Frauen spielen eine zentrale Rolle im Integrationsprozess. Daher fällt es schwer, Programme für Kinder einzuführen, ohne sie einzubeziehen.

Die festgestellten guten Praktiken sind um gewisse Handlungsachsen herum anzusiedeln: Aufnahme im Gastland, Beherrschung der Sprache, Berücksichtigung kultureller Aspekte, insbesondere im Bereich der Gesundheit. Ziel der untersuchten Projekte ist es, den Zugang der Kinder von Migranten zu öffentlichen verfügbaren Dienstleistungen zu erleichtern und zu begünstigen. Es handelt sich um gezielte Initiativen, die weniger als positive Diskriminierung denn als Willen zur Korrektur gewisser ungleicher Zugangsmöglichkeiten zu Dienstleistungen zu verstehen sind. Ihr Bestehen zeigt, dass die soziale Sicherheit sich der Nützlichkeit eines solchen Engagements bewusst ist.

Unsere Einrichtungen können ihre Rolle bei der Integration von Migrantenkindern nicht mehr auf ihre Aufgabe als Finanzierer von Leistungen beschränken. Denn über die allgemeine Ausrichtung der Integrationspolitik wird zwar auf nationaler Ebene entschieden, aber ihre Umsetzung erfolgt auf lokaler oder regionaler Ebene und hier können auch die Einrichtungen der sozialen Sicherheit eingreifen. Es geht keineswegs darum, dass sie die anderen Instanzen in ihrer Verantwortung bei der Integration von Migrantenfamilien und kindern ersetzen. Es gilt, sie vielmehr von der Nützlichkeit von Maßnahmen zu überzeugen, die sie durchführen können, ohne über den Rahmen ihrer Zuständigkeit und Aufgaben hinaus zu gehen.

Bernard Crépeau

Einleitung

In der EU wächst die Bedeutung der Migranten aus Drittländern ständig – ihr Anteil ist von 2,3 Prozent der Einwohner Europas im Jahr 1985 auf 3,4 Prozent im Jahr 1999[1] gestiegen – und auch die Struktur der Zuwanderung ändert sich. Seit Ende der siebziger Jahre wurde die Zuwanderung von Arbeitskräften immer stärker gebremst und ein Großteil der Einreisen erfolgt nun im Rahmen von Familienzusammenführungen, allerdings dicht gefolgt von Asylanträgen[2].

Angesichts der Vielzahl von Situationen hat bei den europäischen Einrichtungen der sozialen Sicherheit eine Reflexion über die neuen Migrationsprofile eingesetzt. So richtete sich anlässlich der Europäischen Regionaltagung der Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS) im April 2004 in Oslo zum Thema *Migranten und sozialer Schutz* die Aufmerksamkeit auf Besonderheiten zugewanderter "Senioren"[3] und illegal beschäftigter Migranten[4]. Es lassen sich jedoch zwei weitere Kategorien unterscheiden, die bereits im Begriff Migranten enthalten sind: die der Migrantenfamilien und der Kinder von Migranten.

Berücksichtigen die Sozialschutzsysteme die Situation der Kinder und Familien von Migranten? So lautete die Frage einer ersten Untersuchung zu diesem Thema[5], die sich insbesondere damit befasste, wie die nationale Politik auf die zugewanderte Bevölkerung ausgerichtet ist. Sie kam zu dem Schluss, dass die Berücksichtigung von Begriffen wie Migranten und Kinder von Migranten für die Bestimmung der Sozialansprüche den Grundsatz der Gleichbehandlung in Frage stellen könnte. Dagegen bleibt die Anerkennung solcher Personenkategorien durch die Systeme der sozialen Sicherheit im Rahmen von begrenzten Maßnahmen möglich, die die Korrektur des ungleichen Zugangs zu Sozialansprüchen zum Ziel haben.

So lautet die Ausgangsfeststellung für die vorliegende Studie, deren Ziel eine Felduntersuchung in sechs Ländern der erweiterten EU – Frankreich, Deutschland, Spanien, Großbritannien, Schweden und Polen – ist, um Beispiele für konkrete Aktionen von Einrichtungen der Sozialsicherung zugunsten der Zuwanderer und ihrer Kinder zu finden[6].

---

[1] Europäische Kommission. 2003. *Die soziale Lage in der Europäischen Union*.

[2] Wihtol de Wenden, C. 2004. "Les flux migratoires en France et en Europe", *Actualité des migrations*, Januar, S. 20.

[3] Attias-Donfut, C. 2004. *Nouveaux profils migratoires et transmissions – les migrations dans la perspective du parcours de vie*, Landesrentenkasse, Frankreich.

[4] Schoukens, P. (Berater). 2004. "Untersuchungsbericht über den Zugang zum sozialen Schutz für illegal arbeitende Migranten", Europarat.

[5] Crépeau, B. 2003. *L'insertion des immigrés et de leurs enfants au sein de l'Union européenne*, Sozialer landwirtschaftlicher Hilfsverein auf Gegenseitigkeit, Frankreich.

[6] Definition des Gegenstands der Studie: Kinder von zwei aus Nicht-EU-Ländern eingewanderten Eltern, die entweder außerhalb der EU geboren und mit ihren Eltern in das EU-Gebiet gekommen sind. Der Begriff Kind wird hier im Sinne des Eltern-Kind-Verhältnisses verwendet: Die Studie berücksichtigt Kinder bis zu ihrer Volljährigkeit. Wir schließen illegale Einwanderer aus – die Systeme der sozialen Sicherheit sind nicht für sie zuständig. Methode: Verschickung von Fragebögen

Die Studie will nicht erschöpfend sein. Sie erlaubt es jedoch, Initiativen und gesammelte Erfahrungen zu analysieren und die Relevanz des Begriffs Migrantenkind für bestimmte konkrete Maßnahmen und in besonders legitimen Eingriffssphären zu beleuchten. Anschließend kann die grundlegendere Frage beantwortet werden, ob die Einrichtungen der sozialen Sicherheit über ihre Rolle als Finanzierer von Sozialleistungen hinausgehen und sich an der Integration der Migranten und ihrer Kinder beteiligen sollen.

1. Initiativen der Einrichtungen der sozialen Sicherheit – positive Diskriminierung oder Korrektur der Chancenungleichheit?

1.1. Migrantenkinder als Zielgruppe von Maßnahmen

Die Berücksichtigung des Begriffes Migrantenkind erlaubt es, besser auf die besonderen Bedürfnisse dieser Personengruppe einzugehen. Migrantenkinder sind nämlich eine besonders schutzbedürftige Kategorie, weil sie den Schocks in Verbindung mit dem Umzug in ein anderes Land und in einen neuen Kulturkreis stärker ausgesetzt sind. Zudem ist es zwar schwierig, die Dauer des Aufenthalts zu kennen, aber alles weist insgesamt darauf hin, dass die Migrantenkinder ihr Leben in der EU verbringen werden und häufig in dem Gastland ihrer Eltern bleiben. Schließlich ist auch der hohe Anteil Jugendlicher unter den außergemeinschaftlichen Migrantengemeinden ein Grund, sich mit den besonderen Bedürfnissen dieser Art von Publikum auseinander zu setzen.

Die verschiedenen nationalen Integrationspolitiken meiden jedoch den Begriff: Dies kommt in den Initiativen von Einrichtungen der sozialen Sicherheit zum Ausdruck. Unter den untersuchten gibt es wenige spezifische Maßnahmen für Migrantenkinder. Und obwohl die Zahl der Antworten keine allgemeinen Schlussfolgerungen erlaubt, geben doch die sie begleitenden Rechtfertigungen Elemente für eine Antwort. So lassen sich zwei Erklärungen herausarbeiten.

Wenn man die Migrantenkinder als eine eigene Zielgruppe für integrationsbezogene Initiativen verstehen will, muss man eine zweifache Unterscheidung treffen. Einerseits zwischen Migrantenkindern und Nichtmigrantenkindern, eine politisch heikle Unterscheidung; andererseits zwischen Migrantenkindern und Migranten ganz allgemein, was eher praktische Fragen in Bezug auf die Organisation der Maßnahmen aufwirft.

---

und detaillierten Projektblättern an Einrichtungen der sozialen Sicherheit in den sechs gewählten Ländern, Telefongespräche mit den Verantwortlichen der Projekte, Fachliteratur. Ergebnisse: Auf die verschickten Fragebögen gingen 25 Antworten ein, 10 davon waren von konkreten Projektbeispielen begleitet.

Die Frage ist daher zunächst politischer Natur. Die Betreuung von Migrantenkindern auch im Rahmen begrenzter Aktionen kann als Stigmatisierung gelten, die die Kinder an ihren Migrantenstatus zu fesseln droht. Zahlreiche lokale Akteure in Frankreich (Departementskassen der sozialen landwirtschaftlichen Hilfsvereine auf Gegenseitigkeit (*Mutualité sociale agricole* (MSA)) und der Landeskasse für Familienzulagen (*Caisse nationale des allocations familiales* (CNAF)) und in Schweden (Lokalkassen des Verbands der Sozialversicherungsämter) bestehen darauf, dass ihre punktuellen Maßnahmen dem Grundprinzip nach allen zugute kommen, ohne zwischen Migranten und Nichtmigranten zu unterscheiden. Dementsprechend genießen Migrantenkinder die gleichen Leistungen wie die anderen Kinder in einer ähnlichen Lage – Hilfe für einen Ferienaufenthalt, Freizeitschecks. Wenn eine Unterscheidung gemacht wird, dann eher in der Phase der Aufnahme, wie in Spanien in den vom Institut für Migration und Sozialdienste (*Instituto de Migraciones y de Servicios Sociales* (IMSERSO)) finanzierten Aufnahmezentren, wobei diese mit der Aufnahme und Integration von Migranten betraute Institution zum System der sozialen Sicherheit gehört. Dort wird den Kindern ein ihrem Niveau angepasstes Programm geboten – insbesondere Sprachkurse.

Im Übrigen besteht das Problem der Unterscheidung zwischen Migrantenkindern und Migranten ganz allgemein. Es ist nämlich möglich, dass ein Ansatz, der nur auf die Migrantenkinder abzielt, eine perverse Wirkung erzielt – weil Eltern und Kinder verschieden schnell integriert werden. Es muss auch darauf hingewiesen werden, dass sich gewisse Einrichtungen des Sozialschutzes je nach ihren Aufgaben auf bestimmte Migrantengruppen konzentrieren (Krankenkasse – Gesundheitsvorbeugung, landwirtschaftliche Sozialkasse – Wirkung im ländlichen Bereich). Obwohl die Wirkung solcher Art von Maßnahmen nur schwer zu messen ist, darf sie doch nicht vernachlässigt werden. Schließlich sei angemerkt, dass bestimmte Maßnahmen für die Kinder ohne das Mitwirken der Familie schlichtweg nicht zu verwirklichen sind.

1.2. Ein familienorientierter Ansatz

Die wenigen Maßnahmen für Kinder von Migranten werden allerdings in gewisser Weise durch Maßnahmen zur Integration der Migrantenfamilien aufgewogen: Man muss sich daher mit der Frage auseinander setzen, ob diese Maßnahmen nicht als Maßnahmen gelten müssen, die dem Kind indirekt zugute kommen. Die Bedeutung der Familie im Integrationsprozess der Migrantenkinder scheint zwei Faktoren zu unterliegen.

Bevor sich überhaupt von Integration sprechen lässt, ist bei Migranten aus Nicht-EU-Ländern aus kultureller Sicht zunächst die Familie selbst sehr wichtig. Die Familie spielt deshalb eine zentrale Rolle im Integrationsprozess: Sie ist die Bezugsgröße für Migranten im Gastland. Daher das Interesse an der Durchführung von Maßnahmen für die ganze Familie. So sieht auch das lokale Projekt für Aktivitäten aus, an dem seit zehn Jahren die MSA des

Departements Tarn teilnimmt. Es wird in einem Viertel mit einem hohen Anteil von in der Landwirtschaft arbeitenden Migrantenfamilien durchgeführt und sieht Maßnahmen für Kinder – außerschulische Programme, Freizeitzentrum –, für Frauen – Nähen, Kochen, Gesundheitsvorsorge, Ausflüge – und für alle vor[7]. Dank dieses Projekts konnten die sozialen und familiären Bindungen gestärkt und die Dynamik der Jugendlichen des Viertels positiv beeinflusst werden, so dass sie sich nach außen öffneten.

Die Migration kann die Familien schwächen. Die eingewanderten Familien sehen sich im Gastland mit neuen Lebensweisen und Familienmodellen konfrontiert. Sie befinden sich übrigens meist in materiell schwierigen Situationen: Dies kann zu Spannungen innerhalb der Familie führen. Je größer die Probleme der Eltern, umso leichter entwickeln auch die Kinder asoziale Verhaltensmuster. Um auf diese Art von Problematik eingehen zu können, führten die Sozialarbeiter der MSA von Bordeaux (Frankreich) eine Untersuchung durch, deren Ziel es war, die besondere Art der Familienprobleme von Familien aus dem Maghreb zu verstehen, um die Sozialarbeiter so auszubilden, dass sie Abhilfe schaffen können[8].

Eine weitere Feststellung: Die Integration der Kinder erfolgt meist über die Mütter oder älteren Schwestern; daher fällt es schwer, Letztere nicht einzubeziehen, wenn Programme für Kinder eingeführt werden sollen. Sie geben nämlich die kulturellen Traditionen in der Familie weiter und beeinflussen somit künftige Generationen. Diese Einbeziehung geht aber mit einer ganzen Reihe religiöser und sozialer Probleme einher. Somit lassen sich nunmehr zwei Arten von Maßnahmen unterscheiden. Zunächst die Maßnahmen, die darauf abzielen, die Frauen mit Sprachkursen oder Diskussions- und Selbsthilfegruppen aus ihrer Isolation zu holen, wie etwa in dem Projekt "Frauen aus dem Mittelmeerraum" (*Femmes de la Méditerranée*) der Kasse für Familienzulagen (*Caisse d'allocations familiales* (CAF)) von Marseille (Frankreich)[9]. Andererseits sollen bestimmte Projekte für die Frauen indirekt den Kindern zugute kommen, insbesondere in Bereichen, wo es schwierig oder sogar wenig nützlich ist, direkt auf Letztere abzuzielen: Dies trifft insbesondere auf die Gesundheitsvorsorge zu. Eins dieser Projekte wird unter dem Namen "Migrantinnen als Gesundheitsmanagerinnen der Familie" im Rahmen eines Gesundheitsprogramms des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen (BKK), Deutschland, durchgeführt und soll türkischen Frauen die Grundlagen gesunder Ernährung vermitteln, um Gesundheitsproblemen infolge einer falschen Ernährung ihrer Kinder vorzubeugen[10].

Während Maßnahmen mit dem Ziel, Migrantenkindern bei ihrer Integration zu helfen, sich als wirksam herausstellen können, weil sie deren besonderen Bedürfnissen und Problemen

[7] Siehe Projekt Nr. 3.
[8] Siehe Projekt Nr. 2.
[9] Siehe Projekt Nr. 1.
[10] Siehe Projekt Nr. 9.

entsprechen, bieten Maßnahmen für Migrantenfamilien und -frauen eine weitere Möglichkeit, den Kindern zu helfen.

1.3. Mögliche Bereiche für Maßnahmen

Als weiterer Ansatz erlaubt es die Analyse der Handlungsachsen, zugleich die möglichen Bereiche für Eingriffe zu erkennen und zu verstehen, welchen konkreten Bedürfnissen diese Maßnahmen entsprechen.

Was die Aufnahme der Migranten betrifft, so gehört die Beteiligung der Einrichtungen der sozialen Sicherheit entweder zu deren Aufgabenbereich – etwa das IMSERSO in Spanien, das von nichtstaatlichen Organisationen und autonomen Regionen verwaltete Aufnahmezentren finanziert – oder sie nehmen freiwillig an größeren Programmen teil, die von Institutionen, deren Aufgabe die Aufnahme von Migranten ist, durchgeführt werden, wie in Frankreich, wo sich bestimmte Departementskassen der MSA an den Aufnahmeplänen des jeweiligen Departements für Neuankömmlinge beteiligen.

Unter den Problemen der Migrantenkinder und ihrer Familien ist die Beherrschung der Sprache besonders wichtig. Die Einrichtungen der sozialen Sicherheit haben verschiedene Lösungen für dieses Problem gefunden, die die grundlegende Rolle der Schule ergänzen. Zuallererst sind sie sich ihrer wichtigen Rolle in der Information der Migranten über das System der sozialen Sicherheit bewusst und eine erhebliche Zahl von Einrichtungen gewährleistet für die Eltern die Übersetzung von Broschüren über den Zugang für Migranten zu Leistungen und Formularen. Dies geschieht auf lokaler wie nationaler Ebene.

Es sei hier daran erinnert, dass die Maßnahmen der Einrichtungen über die einfache Lösung der Sprachschwierigkeiten hinaus gehen kann. Der Trend geht zur Einbeziehung kultureller Aspekte. So wollen zwei in Schweden auf lokaler Ebene durchgeführte Projekte das Personal des Landesamtes für Sozialversicherung (*Riksförsäkringsverket*) für Probleme in Zusammenhang mit spezifischen kulturellen Codes sensibilisieren und die Zahl der Angestellten mit Migrationshintergrund erhöhen[11].

Die Bedeutung dieses interkulturellen Ansatzes wird vor allem im Bereich der Gesundheitsversorgung deutlich. Die Kinder von Migranten sind nämlich einer Reihe von Faktoren ausgesetzt, die ihrer Gesundheit schaden können. Die oft schwierigen Lebensumstände, die niedrigen Einkommen der Eltern, die Sprachprobleme, der Stress durch die unsicheren Verhältnisse, all dies kann auf lange Sicht ihrer Gesundheit abträglich sein. Dabei werden Vorsorgemaßnahmen von Migranten nur wenig genutzt.

[11] Siehe die Projekte Nr. 6 und 7.

Das in Deutschland vom BKK Bundesverband finanzierte Projekt "Mit Migranten für Migranten" ging z.B. von der Feststellung aus, dass Migranten in einem viel geringeren Ausmaß die Früherkennung von Gesundheitsproblemen nutzen und vor allem bei der Schwangerschaft oder bei Kinderkrankheiten eine weniger gute Vorsorge erfahren. Dies ist auf Verständigungsschwierigkeiten zwischen dem Patienten und dem Arzt, den relativ geringen Stellenwert der Gesundheit in der Hierarchie von Problemen der Migranten und auf den Umstand zurückzuführen, dass Migranten häufig aus Ländern stammen, wo Fragen der Prävention nicht im Vordergrund stehen. Damit die Migranten den gleichen Zugang zu Informationen und Gesundheitsvorsorge wie die übrige Bevölkerung haben, konzentriert sich das deutsche Projekt auf die bessere Rezeption der Informationen und berücksichtigt dabei die Gesundheitskonzepte in den Herkunftsländern der Migranten und die Besonderheiten ihrer Situation. Dies wird mit der Schulung von bereits gut integrierten Migranten zu interkulturellen Gesundheitsmediatoren zwischen Migranten ihrer eigenen kulturellen Gruppe und dem Gesundheitssystem erreicht[12].

Diese Projekt bietet den Vorteil, dass das Ziel nicht die Einführung von Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge für Migranten ist, sondern Anreize, Erleichterungen und Begünstigungen für ihren Zugang zu den Leistungen für alle zu schaffen. Die Krankenkassen, die uns antworteten, scheinen diesen Ansatz zu unterstützen. Die getroffenen Maßnahmen gründen auf einer Analyse der Situation vor Ort und die Antworten scheinen punktuell richtig, aber nicht unbesehen verallgemeinerbar. Es handelt sich also um gezielte Initiativen, die weniger als positive Diskriminierung denn als Willen zur Korrektur gewisser ungleicher Zugangsmöglichkeiten zu Dienstleistungen zu verstehen sind.

2. Für ein Engagement im Integrationsprozess von Migrantenfamilien und -kindern

Die Existenz solcher Initiativen zugunsten von Migranten und ihren Kindern deuten darauf hin, dass bestimmte Einrichtungen der sozialen Sicherheit sich der Nützlichkeit eines solchen Engagements bewusst sind.

2.1. Verantwortung und Interesse

Angesichts der Größenordnung der Migration in Europa und der Herausforderungen der Integration müssen die Einrichtungen der sozialen Sicherheit zu diesen Fragen Stellung nehmen. Bisher werden vor allem die Auswirkungen der außergemeinschaftlichen Migration auf die Systeme der sozialen Sicherheit in Europa untersucht und das Ganze beschränkt sich auf die Belastung, zu der dies führen kann. Die Einrichtungen der sozialen Sicherheit dürfen

[12] Siehe Projekt Nr. 8.

ihre Rolle bei der Integration von Migrantenkindern indes nicht mehr nur auf ihre Aufgabe als Finanzierer von Leistungen beschränken.

Ihre Legitimität, im Bereich der Integration zu handeln, gründet auf dieser Rolle, von der Ausländer in regulärer Situation insgesamt und in den meisten Ländern gleichermaßen profitieren wie die Staatsbürger. Sie haben nämlich Zugang zu universellen Leistungen – Dienst- und Sachleistungen wie beim britischen Staatlichen Gesundheitsdienst (*National Health Service* (NHS)) –, zu beschäftigungsbedingten Sozialansprüchen einschließlich der Sozialversicherungen – Arbeitslosen-, Kranken-, Arbeitsunfall-, Rentenversicherung – sowie zur Sozialhilfe, die je nach Verdienst und Bedürftigkeit gewährt wird –, dies gilt sogar für Länder, in denen die Migration ein neues Phänomen ist wie Polen, wo das neue Sozialhilfegesetz Migranten einbezieht.

Zwar sind Beispiele formeller Diskriminierung von Migrantenkindern auf dieser Ebene selten, aber es fällt schwer, diese Gleichheit vor dem Zugang in die Tat umzusetzen. Der Zugang zu Sozialschutz ist zwar einer der Faktoren einer erfolgreichen Integration, aber –Teufelskreis – ohne gute Integration fällt es schwer, seine Rechte umfassend in Anspruch zu nehmen. Zudem sind Fälle der Abhängigkeit von Migrantenfamilien von den ihnen gewährten Beihilfen zu beobachten[13]. Wäre es daher nicht vorzuziehen, dass die Einrichtungen der sozialen Sicherheit den Migranten und ihren Kindern bei ihrer Integration helfen, indem sie so nicht nur gegen die Abhängigkeit der Eltern von Leistungen sondern auch gegen die künftige Abhängigkeit der Kinder kämpfen? Die Einrichtungen der sozialen Sicherheit haben also durchaus ein Interesse, sich an der Integration der Migrantenkinder zu beteiligen und über ihre Rolle reiner Finanzierer von Sozialleistungen hinauszugehen.

2.2. Platz der Einrichtungen der sozialen Sicherheit in der nationalen Integrationspolitik

Über die allgemeine Ausrichtung der Integrationspolitik wird zwar meist auf nationaler Ebene entschieden und sie spiegelt den Ansatz des Staates gegenüber diesem Phänomen wider, aber ihre Umsetzung erfolgt auf lokaler oder regionaler Ebene und hier können auch die Einrichtungen der sozialen Sicherheit gezielt eingreifen. Die Unterschiede zwischen den Sozialschutzsystemen in der EU verhindern eine vergleichende Analyse, erlauben aber dennoch, eine Reihe verschiedener Situationen und die unterschiedlichen Arten der Mitwirkung von Einrichtungen der sozialen Sicherheit an der Integration von Migrantenkindern und -familien vorzustellen. Diese Positionierung hängt somit nicht nur vom Willen der jeweiligen Einrichtung ab, an diesem Prozess teilzunehmen, sondern auch von den Möglichkeiten, die ihnen geboten werden, und von der Relevanz ihres Engagements.

[13] Nach Angaben der Universität Oslo leben beispielsweise 40 Prozent der Migrantenkinder unter 7 Jahren in Familien, die nur oder weitgehend von Familienbeihilfen abhängen.

Im ersten Fall wird eine Einrichtung, die dem System der sozialen Sicherheit eines bestimmten Landes angehört, ausdrücklich mit der Integrationsproblematik der Migranten befasst. So ist es in Spanien, wo das IMSERSO für die Unterstützung, Förderung und Integration von Migranten, Flüchtlingen und Asylbewerbern zuständig ist. Das IMSERSO stellt vor allem die Koordinierung und Finanzierung der von Verbänden oder autonomen Regionen durchgeführten Projekte sicher.

Das andere Modell ist mehr voluntaristischer Art, so in Deutschland, Frankreich und in geringerem Maß auch in Schweden. Die Einrichtungen der sozialen Sicherheit treffen ausgehend von einer genauen Analyse spezielle an Migranten und ihre Familien gerichtete Maßnahmen, die jeweils einem konkreten, vorher abgesteckten Problem entsprechen. Solche Aktionen werden häufig mit nichtstaatlichen Organisationen als Partnern durchgeführt, die für die Interessen der Migranten eintreten, sowie mit Forschungszentren oder lokalen Gemeinschaften.

Auch die Teilnahme an einer Debatte über die Zuwanderung und Integration auf Landesebene ist möglich. In Deutschland beteiligt sich beispielsweise der Bundesverband der Ortskrankenkassen (AOK) im Rahmen der Arbeiten der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration am bundesweiten Arbeitskreis Migration und öffentliche Gesundheit.

Die Beteiligung der Einrichtungen der sozialen Sicherheit an der Integration der Migranten ist in Polen geringer, da es hier weniger legale Migranten gibt und die Fragen der Aufnahme in die Kompetenz der zentralen und lokalen Verwaltung fällt, die auch für Sprachkurse, Wohnungen und Sozialhilfe zuständig ist.

Auf europäischer Ebene wird diese Beteiligung jedoch gefördert. Die Europäische Kommission unterstrich in ihrer Mitteilung über Einwanderung, Integration und Beschäftigung[14] die Notwendigkeit aufeinander abgestimmter Maßnahmen bei Einwanderung, Integration und Beschäftigung auf allen Ebenen und in allen Bereichen und stellte fest: "Zwar sollten die Regierungen der Mitgliedsstaaten den Weg vorgeben, bei konkreten Maßnahmen sind aber neben den Sozialpartnern und Forschung auch Anbieter öffentlicher Dienstleistungen, nichtstaatliche Organisationen und andere Akteure der bürgerlichen Gesellschaft ... zu beteiligen."

[14] KOM (2003) 336 endgültig.

Um alle Akteure zu fördern, finanziert die Europäische Kommission im Rahmen von Programmen wie INTI[15] oder von Initiativen wie EQUAL[16] Aktionen im Bereich der Integration. Dies ist eine der möglichen Finanzierungsquellen für Projekte von Einrichtungen der sozialen Sicherheit, die sich an Migranten und ihre Kinder richten.

Schlussbetrachtung

Die Einwanderung aus Nicht-EU-Ländern in die EU bildet ein Phänomen großen Umfangs. Unter den Migrantengruppen verdienen die Kinder von Migranten besondere Aufmerksamkeit: Maßnahmen, die sich an die Gesamtbevölkerung richten, reichen nicht aus, um alle Bedürfnisse abzudecken. Zunächst scheinen besondere Aktionen für Migranten nötig, um ihnen den Zugang zu den öffentlichen Leistungen zu erleichtern, damit sie sie bestmöglich nutzen können. Die beobachteten Beispiele zeigen ein Verfahren auf, das ausgehend von einer Analyse auf einem gegebenen Gebiet und in einem präzisen Kontext eine konkrete Lösung für genau definierte Bedürfnisse bietet. Das Interesse dieser Aktionen liegt darin, den späteren Zugang der Migranten zu den allgemeinen Programmen zu erleichtern.

Es geht jedoch keineswegs darum, dass die Einrichtungen der sozialen Sicherheit die anderen Instanzen in ihrer Verantwortung bei der Integration von Migrantenfamilien und -kindern ersetzen sollen.

Auf jeden Fall situiert sich die praktische Berücksichtigung der speziellen Bedürfnisse von Migrantenkindern am Schnittpunkt von zwei sehr aktuellen Problemstellungen: der Armut der Kinder und der Migranten. Aus dieser Sicht kommen die beobachteten Maßnahmen den Migrantenkindern und ihren Familien nicht zugute, weil sie Migranten sind, sondern wie sie unter Armut, unsicheren Verhältnissen, sozialer Ausgrenzung .... leiden. Diese Bereiche fallen in die Zuständigkeit von Einrichtungen der sozialen Sicherheit.

Forschungsarbeit durchgeführt von Monika Barabasz und Jérémie Cazeuneuve

[15] INTI (*Integration of third country nationals*) ist ein Programm zur Finanzierung von Projekten zur Förderung der Integration von aus nicht EU-Ländern stammenden Personen in EU-Mitgliedsstaaten.

[16] EQUAL ist eine Initiative des Europäischen Sozialfonds für den Zeitraum 2000-2008, mit der Projekte zur Bekämpfung von Diskriminierungen und Ungleichheiten im Bereich Arbeit und Beschäftigung finanziert werden sollen.

Literaturverzeichnis

Attias-Donfut, C. 2004. *Nouveaux profils migratoires et transmigration – les migrations dans la perspective du parcours de vie.* Paris, Caisse nationale d'assurance vieillesse.

Bailly, F.; Mouhoub, el M.; Oudinet, J. 2003. "Les nouvelles dynamiques migratoires: relance et complexification", in *Chronique internationale de l'IRES,* Nr. 84, September.

Barou, Jacques. 2001. *L'Europe terre d'immigration: flux migratoires et intégration.* Presses universitaires de Grenoble.

—. 2002. "Les avancées de la politique communautaire en matière d'immigration", in *Ecarts d'identité*, Nr. 99, printemps.

—. 2004. "Quelles politiques sociales pour une intégration à la dimension de l'Europe?", in *Actualité des migrations*, Januar.

Cachon, L. 2003. "L'Espagne immigrante: du marché du travail aux défis de la citoyenneté", in *Chronique internationale de l'IRES,* Nr. 84, September.

Europäische Kommission. 2003. *Mitteilung der Kommission an den Rat und das europäische Parlament "Für leichter zugängliche, gerechtere und besser funktionierende Asylsysteme"* (KOM 315 endgültig). Brüssel.

—. 2003. *Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über Einwanderung, Integration und Beschäftigung* (KOM 336 endgültig). Brüssel.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss. 2002. *Immigration, asile et intégration sociale.* Luxembourg, Office des publications officielles des Communautés européennes.

—. 2003. *Gutachten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses über die "Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über Einwanderung, Integration und Beschäftigung"* (SOC/138). Brüssel.

Crépeau, B. 2003. *L'insertion des immigrés et de leurs enfants au sein de l'Union européenne.* Paris, Mutualité sociale agricole.

Irish Presidency Conference on Migration. 2004. *Reconciling Mobility and Social Inclusion – the Role of Employment and Social Policy, 1-2 April 2004.* Dublin.

Join-Lambert, O. 2003. "Du Commonwealth à l'Europe: permanences et ruptures de la politique migratoire", in *Chronique internationale de l'IRES,* Nr. 84, September.

OCDE. 1999. *Internationale Migrationstrends* (Jahresbericht, Système d'observation permanente des migrations SOPEMI). Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris.

—. 2000. *Internationale Migrationstrends* (Jahresbericht, Système d'observation permanente des migrations SOPEMI). Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris.

—. 2001. *Internationale Migrationstrends* (Jahresbericht, Système d'observation permanente des migrations SOPEMI). Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris.

Paparella, D. 2004. *Deckung durch die soziale Sicherheit für Wanderarbeitnehmer: Kritische Aspekte* (Konferenzbericht, IVSS Europäische Regionaltagung Migranten und sozialer Schutz, Oslo, 21.-23. April.

Persson, I.; Bourdet, Y. 2003. "Suède: l'intégration en panne?", in *Chronique internationale de l'IRES,* Nr. 84, September.

Pflegerl, J. 2002. *Immigration und Familie* (Konferenzbericht, Jahrestagung der Europäischen Beobachtungsstelle zur sozialen Situation, Demographie und Familie, Helsinki).

Rat der der Europäischen Kommission. 2004. "Directive 2003/86/CE du Conseil du 22 septembre 2003 relative au droit au regroupement familial", dans *Journal officiel de l'Union européenne*, 3 Oktober 2003, Nr. L251.

Spire, A. 1999. "De l'étranger à l'immigré, la magie sociale d'une catégorie statistique", in *Actes de la recherche en sciences sociales*, Nr. 129.

Wihtol de Wenden, C. 2004. "Les flux migratoires en France et en Europe", in *Actualité des migrations*, Januar.

Anhang 1

Statistiken

Tabelle 1. ***Ausländische Bevölkerung in Europa nach Gastland***

	Gesamtbevölkerung in Tausend (2000)	Ausländer in Tausend (1995)	Ausländer in Tausend (2000)	% der Gesamtbevölkerung (2000)	Staatsangehörige von Ländern außerhalb der EU der 15 in Tausend (2000)
EU der 15	374 667	–	18 692	5,1	12 892
Deutschland	82 160	7 173	7 297	8,9	5 485
Frankreich (1999)	58 894	–	3 263	5,6	2 068
Vereinigtes Königreich	58 655	1 948	2 342	4,0	1 439
Italien	57 189	991	1 388	2,4	1 122
Schweiz	7 184	1 331	1 384	19,3	–
Griechenland	10 601	–	1 000	8,7	116
Spanien	39 927	499	896	2,2	489
Belgien	10 251	909	862	8,4	290
Österreich	8 110	723	758	9,3	654
Niederlande	15 926	725	668	4,2	456
Schweden	8 872	532	477	5,4	310
Dänemark	5 340	223	259	4,8	203
Portugal	10 229	168	208	2,1	138
Tschechische Republik	10 272	159	201	2,0	–
Norwegen	4 491	161	184	4,1	–
Luxemburg	439	138	165	37,3	16
Irland	3 787	96	127	3,3	34
Ungarn (1999)	10 211	140	127	1,3	–
Finnland	5176	67	91	1,8	71
Polen (1999)	38 646	–	42	0,1	–
Slowakei	5 401	22	28	0,5	–

Quelle : OECD, 2004.

Tabelle 2. ***Migration nach grossen Nationalitätengruppen in der Eu der 15 (1999)***

	Einwanderung	Auswanderung
Insgesamt	2 062 982	1 256 000
Eigene Staatsangehörige	510 137	403 139
Staatsangehörige anderer Länder	354 588	244 527
Nicht-EU-Staatsangehörige	1 198 257	579 334

Quelle : EK, La situation sociale dans l'Union européenne, 2003.

Bernard Crépeau

Tabelle 3. ***Einreise von Ausländern in das Eu-Hoheitsgebiet (In Tausend) (Personen, die ihr Land für mindestens 12 Monate verlassen)***

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Deutschland	1502	1 277	1 082	1 096	959	840	802	874	–	879
Spanien	38	33	34	36	29	57	81	127	362	414
Frankreich	116	99	91	77	75	102	139	108	119	–
Polen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Vereinigtes Königreich	216	210	253	245	258	258	332	354	364	372
Schweden	45	61	83	45	39	44	49	49	58	60

Quelle : Eurostat, 2004.

Tabelle 4. ***Einreise von nicht-EU-Ausländern in das Eu-Hoheitsgebiet (In Tausend) (Personen, die ihr Land für mindestens 12 Monate verlassen)***

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Deutschland	–	–	638	–	536	464	469	538	–	564
Spanien	–	–	12	13	11	21	35	67	290	343
Frankreich	75	–	–	–	–	59	94	52	–	–
Polen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Vereinigtes Königreich	–	–	110	113	108	127	153	178	201	209
Schweden	–	–	67	28	21	26	27	25	31	32

Quelle : Eurostat, 2004.

Tabelle 5. ***Einreise von Asylbewerbern in das EU-Hoheitsgebiet (In Tausend)***

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
EU	672	515	310	274	234	251	306	390	398	388
Deutschland	438	322	127	127	116	104	98	95	78	88
Spanien	12	13	12	6	5	5	7	8	7	9
Frankreich	29	28	26	20	17	21	22	31	38	47
Polen	0,6	0,8	0,6	0,8	3,2	3,5	3,4	3,0	4,4	4,5
Vereinigtes Königreich	32	28	42	55	37	41	58	91	99	92
Schweden	84	38	18	9	6	9	12	11	16	23

Quelle : OECD, 2004.

Tabelle 6. ***Einreise im Rahmen der Familienzusammenführungen***

Land	Zahl der Einreisen 1997
Deutschland	55 000*
Schweiz	22 000
Schweden	22 000
Frankreich (2000)	20 459
Spanien	13 200*
Niederlande	12 000*
Österreich	10 320
Norwegen	6 500
Belgien	4 000
Dänemark	2 025

* Dabei handelt es sich um gestellte Einreiseanträge.
Quelle : Europarat.
Mehrere EU-Staaten verfügen über keine statistischen Angaben zu Personen, die im Rahmen der Familienzusammenführung einreisen, die einzigen verfügbaren Daten sind nicht neueren Datums.

Tabelle 7. ***Nicht-Eu-Ausländer nach Staatsangehörigkeit in Deutschland, Spanien, Frankreich, Polen, im Vereinigten Königreich und in Schweden***

Land	Herkunftsland	Zahl (in Tausend)
Deutschland (Angaben 2000)	Türkei	1 999
	Ex-Jugoslawien	663
	Kroatien	217
	Bosnien-Herzegowina	156
	Russische Föderation	115
Spanien (Angaben 2000)	Marokko	200
	Ecuador	30
	China	29
	Peru	28
	Dominikanische Republik	26
	Kolumbien	25
	Kuba	19
	Argentinien	17
	Algerien	14
Frankreich (Angaben 1999)	Marokko	504
	Algerien	478
	Türkei	209
	Tunesien	154
Polen (Angaben 2002)	Ex-Jugoslawien	3,5
	Rumänien	3,3
	Bosnien-Herzegowina	3,2
	Bulgarien	1,7
	Vietnam	1,7
Schweden (Angaben 2000)	Irak	33
	Bosnien-Herzegowina	23
	Türkei	16
	Iran	14
	Somalia	11
	Chile	10
	Kroatien	8
	Syrien	6
Vereinigtes Königreich (Angaben 2001)	Indien	132
	Pakistan	82
	Bangladesch	70
	Südafrika	68
	Jamaika	58
	Türkei	58
	Somalia	56
	Sri Lanka	50

Quelle : OECD, 2004.

Anhang 2

Projektblätter

Projekt 1 « FRAUEN AUS DEM MITTELMEERRAUM »

NAME DER EINRICHTUNG: **Caisse d'allocations familiales (CAF) de Calais (Kasse für Familienzulagen, Calais)**	LAND: **Frankreich**
FUNKTION DER EINRICHTUNG IM PROJEKT: **Initiative, Schirmherrschaft für die 2002 errichtete Vereinigung.**	BEGINN DER AKTION: **1992** ENDE DER AKTION: **2002**
URSPRUNG DER AKTION	
Geringer Anteil von Migranten in dem Gebiet der Aktion. Feststellung, dass Migrantinnen unter der Isolierung leiden, Integrationsschwierigkeiten und gemeinsame Probleme haben.	
ZIELGRUPPE DER AKTION	
Mütter immigrierter Familien, die aus dem Mittelmeerraum stammen (Türkinnen und Maghrebinerinnen).	
AKTION	
Ziele	Den Frauen helfen, ihre Isolation aufzubrechen, andere Mütter von Familien zu treffen, ihre Erfahrungen auszutauschen, sich in ihrem Wohnviertel, ihrer Stadt, ihrem Land zu integrieren.
Ablauf	Zunächst trafen die Sozialarbeiter der CAF die Familien einzeln. Sie haben eine kollektive Aktion geschaffen, indem sie auf Initiative einer Sozial- und Familienberaterin (CESF) der CAF eine Frauengruppe bildeten. Die Gruppe funktionierte mehrere Jahre, bis 2002 eine Vereinigung gebildet wurde. Innerhalb der Vereinigung sind die Frauen Teil eines Netzwerkes zum Erfahrungsaustausch und sie treffen mit der Lokalbevölkerung zusammen. Obwohl die Gruppe nun eine Vereinigung bildet, wird sie weiter von der CESF der CAF betreut und bewahrt eine Verbindung zur CAF-Antenne (Benutzung der Küche usw.)
Schwierigkeiten	Bisweilen Schwierigkeiten, die verschiedenen ethnischen Ursprünge zu vereinen.
Kommunikation	Anschläge am Bürgerzentrum, Artikel in der Stadtzeitung, Stände an verschiedenen Veranstaltungen.
PARTNER	**MITTEL**
Stadtentwicklungshelfer im Rahmen des Stadtvertrags. Animateurin des Stadtviertels.	Räumlichkeiten von der Stadt bereitgestellt, Fahrzeuge vom Stadtvertrag (*contrat ville)* und vom Rathaus geliehen. Beteiligungsfonds der Einwohner und Stadtpolitik. Beteiligung der CAF für Besuche, Einreisen.
RESULTATE UND PERSPEKTIVEN DER AKTION	
Insgesamt haben etwa sechzig Familien an der Gruppe teilgenommen, die im Durchschnitt zwanzig Familien vereint. Hauptvorteile: Entwicklung der gegenseitigen Hilfe, der Solidarität und des interkulturellen Austauschs, Eigenständigkeit, Erlernen der Sprache. Bessere Integration der ausländischen Familien. Derzeit ist die Vereinigung lebendig, anerkannt und im Viertel integriert (Beispiel: Teilnahme am Forum der Vereinigungen, Stadtviertelfesten)	
KONTAKTDATEN DER/DES VERANTWORTLICHEN DES PROJEKTS / DER AKTION	
Name und Vorname: Gilliot Monique Funktion: Sozial- und Familienberaterin E-Mail: brigitte.clerbout@cafcalais.cnafmail.fr	

Projekt 2 « MAGHREBINISCHE JUGENDGRUPPE »

NAME DER EINRICHTUNG: **Caisse départementale de la Mutualité Sociale Agricole de la Gironde (Departementskasse der sozialen landwirtschaftlichen Hilfsvereine auf Gegenseitigkeit, Gironde)**	LAND: **Frankreich**
FUNKTION DER EINRICHTUNG IM PROJEKT: **Initiative, Koordination, Finanzierung.**	BEGINN DER AKTION: **1999** ENDE DER AKTION: **läuft noch**
URSPRUNG DER AKTION	
Im Raum Medoc und Grand Libourne wurden immer wieder zerrüttete Familienbande zwischen Eltern und Jugendlichen oder jungen Erwachsenen festgestellt. Die vor Ort engagierten Sozialarbeiter wollten zu einer Reflexion über die durch Jugendliche oder junge Erwachsene aus dem Maghreb aufgeworfenen Schwierigkeiten anregen: Funktionsstörungen in der Kernfamilie, Grenzen für das Eingreifen von Spezialisten.	
ZIELGRUPPE DER AKTION	
Sozialarbeiter der betroffenen Gebiete und die aus dem Maghreb stammende Bevölkerung.	
AKTION	
Ziele	Den Dialog zwischen den Sozialarbeitern und den maghrebinischen Familien fördern. Die unausgesprochenen kulturellen Regeln verstehen, die zu Konflikten führen können. Hinsichtlich der auftretenden Schwierigkeiten kohärente Arbeitsansätze verwenden.
Ablauf	Abstecken der von den Sozialarbeitern angetroffenen Schwierigkeiten mit der fraglichen Bevölkerungsgruppe, Festlegung einer gemeinsamen Problematik, Überlegung zu einem in Frage kommenden eventuellen kollektiven Ansatz und zu Partnerschaften. Start der Aktion Anfang 1999: Vom stellvertretenden Verantwortlichen des Sozialdienstes angeregte Reflexion, nachdem die Sozialarbeiter auf Schwierigkeiten im Rahmen der Betreuung dieser Zielgruppen hingewiesen hatten. Durchführung einer Studie über 6 Sektoren der Sozialarbeiter mit 26 Familien und 98 Kindern. Durchführung einer Schulung für die Sozialarbeiter. Ausgehend von dem in der Schulung Gelernten Überlegung zum Vorgehen in der Berufspraxis. Organisation einer Arbeitsgruppe, die das Gelernte umsetzen und die vor Ort angetroffenen Situationen analysieren soll.
Schwierigkeiten	Nicht mitgeteilt.
Kommunikation	Nicht mitgeteilt.
PARTNER	**MITTEL**
SSAE (Sozialdienststelle für Erwachsene). CLAP Sud-Ouest (Comité de Liaison pour l'Alphabétisation et la Promotion).	Humanressourcen: 12 Spezialisten + 1 Führungskraft. Verfügbarkeit der Räumlichkeiten der Institution. Finanzierung einer Schulung.
RESULTATE UND PERSPEKTIVEN DER AKTION	
Die Schulung hat den Sozialarbeitern des Dienstes einen besseren Ansatz für berufliche Situationen ermöglicht, der die verschiedenen kulturellen Einstellungen berücksichtigt.	
KONTAKTDATEN DES/DER VERANTWORTLICHEN DES PROJEKTS / DER AKTION	
Name und Vorname: Beutis Dominique Funktion: Verantwortlicher des Sozialdienstes E-Mail: beutis.dominique@msa33.msa.fr	

Projekt 3 « LOKALANIMATION »

NAME DER EINRICHTUNG: **Caisse départementale de la Mutualité Sociale Agricole (MSA) du Tarn Aveyron (Departementskasse der sozialen landwirtschaftlichen Hilfsvereine auf Gegenseitigkeit, Tarn Aveyron)**	LAND: **Frankreich**
FUNKTION DER EINRICHTUNG IM PROJEKT: **Teilnahme an der Untersuchung der Bedürfnisse, Bewertung der Aktionen, technische und finanzielle Unterstützung; Eingriffe der Mitarbeiter.**	BEGINN DER AKTION: **1989** ENDE DER AKTION: **2002**
URSPRUNG DER AKTION	
Starke Konzentration von Personen mit Migrationshintergrund in einem Sozialwohnungsviertel der Stadt Gaillac. Darunter junge und weniger junge Familien mit einer großen Zahl Kinder und Jugendlicher.	
ZIELGRUPPE DER AKTION	
Bevölkerung maghrebinischen Ursprungs von 0 bis 65 Jahren.	
AKTION	
Ziele	Verwirklichung eines lokalen Projekts, das sich vorwiegend an Familien richtet, um die lokale Beteiligung der Familien im Rahmen eines kollektiven Ansatzes, die nachbarschaftliche Solidarität, die Beziehungen zwischen den Generationen, die Sozial- und Familienbande, den sozialen Austausch, eine Vielzahl verschiedener abgestimmter Aktionen zu fördern.
Ablauf	Die Aktion begann 1989 mit Treffen der Frauen des Viertels mit den Lehrern der Grundschulen, in die sie sich nicht zu gehen wagten. Ein in diesem Gebiet tätiges Sozialarbeiterteam der Stadtverwaltung wandte sich an alle Partner, die von den Problemen der in diesem Viertel lebenden Familien betroffen waren. Der Austausch mit den Anwohnern und die Untersuchung der Bedürfnisse ergaben verschiedene zu berücksichtigende Erwartungen. Aktionen wurden organisiert, vom in diesem Viertel tätigen Mediator mit Unterstützung der Partner vorangetrieben. Aktionen für Kinder und Jugendliche: schulnahe Aktivitäten, Freizeitzentren, Jugendfreizeitgruppen, Ausflüge, neue Informations- und Kommunikationstechnologien. Aktionen für die Frauen: Nähen, Kochen, Handarbeit, Gesundheitsvorsorge, Rechtsinformationen, usw. Eine Vereinigung wurde gebildet, deren Vorstand sich aus Erwachsenen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zusammensetzt. Die Stadtverwaltung vertraute ihr die Verwaltung des Hauses an, das im Viertel gebaut wurde und die CAF, MSA und Gemeindeverwaltung gewähren ihr eine Betriebssubvention.
Schwierigkeiten	Fehlende Humanressourcen. Fehlende Mittel für die Schulung von Mediatoren und freiwilligen Helfern.
Kommunikation	Wenig Kommunikation über die Aktion, von einigen Artikeln in der Lokalpresse nach Veranstaltungen oder Aktionen der Jugendlichen abgesehen.
PARTNER	**MITTEL**
Stadtverwaltung von Gaillac. HLM-Büro, SSAE[17], CAF. Stadtrat. Vorschule, Les FRANCAS.	2 jugendliche Mediatoren und Freiwillige. Ein Bürgerhaus mit drei Räumen und einem großen Saal für Aktivitäten im Zentrum der Wohngebäude (von der Stadtverwaltung errichtet und bereitgestellt). 18.600 Euro pro Jahr.
RESULTATE UND PERSPEKTIVEN DER AKTION	
85 % der im Viertel wohnenden Familien nehmen mehr oder weniger regelmäßig an den organisierten Veranstaltungen teil. Wichtige Dynamik der Jugendlichen mit Streben nach Öffnung nach außen: Übertragung von Verantwortung, Schulung als Mediator und Bürgeraktion. Die jungen freiwilligen Helfer der	

[17] SSAE: Sozialdienststelle für Einwanderer.

Vereinigung machen sich einen Namen und finden leichter Arbeit. Positive Anerkennung der durchgeführten Aktionen und ihrer Leistungsträger. Seit 1989 nachhaltige Aktion, die unter ständigem Streben nach Verbesserung fortgesetzt wird.
KONTAKTDATEN DES/DER VERANTWORTLICHEN DES PROJEKTS / DER AKTION
Name und Vorname: Mallet Catherine Funktion: Verantwortliche für Sozialaktion / MSA ALBI E-Mail: mallet.catherine @ msa81.msa.fr

Projekt 4 « ALPHABETISIERUNG MAROKKANISCHER FRAUEN »

NAME DER EINRICHTUNG: **Caisse départementale de la Mutualité Sociale Agricole (MSA), Alpes du Nord (Departementskasse der sozialen landwirtschaftlichen Hilfsvereine auf Gegenseitigkeit, Nordalpen)**	LAND: **Frankreich**
FUNKTION DER EINRICHTUNG IM PROJEKT: **Initiative, Analyse, Koordination, Umsetzung der Partnerschaft, Betreuung, Bewertung, Koanimation der Partnerschaft.**	BEGINN DER AKTION: **Oktober 2003** ENDE DER AKTION: **Januar 2005**

URSPRUNG DER AKTION	
Analyse der MSA-Sozialarbeiterin der Schwierigkeiten von Frauen und somit auch der Kinder zu kommunizieren, sich in das Sozialleben des Kantons einzugliedern: Nur die Ehemänner oder ältere Familienmitglieder unternahmen Sozialgänge, Arztbesuche, ...	
ZIELGRUPPE DER AKTION	
10-12 Frauen im Alter von 24 bis 52 Jahren, verheiratet, die meisten mit 3 bis 5 Kindern; 50 % dieser Frauen sind im Herkunftsland nie zur Schule gegangen. Die beiden jüngsten haben das marokkanische Abitur.	
AKTION	
Ziele	Den Frauen helfen, Französisch lesen und schreiben zu lernen, aus ihrer Isolierung herauszukommen, im Kreis der Familie und Gesellschaft eigenständig zu werden, als Frauen, Mütter anerkannt zu werden und Verantwortung übertragen zu erhalten, die Elternschaft zur Geltung zu bringen und zu stärken.
Ablauf	Nachdem die MSA die Familien identifiziert hatte, fand das erste Treffen der Partner im Februar 2003 statt. Nach Sicherstellung der Finanzierung wurde im Dezember 2002 die erste Informationsveranstaltung mit den Familien organisiert. In der Entwicklungsphase gewährleistete die MSA die Koanimation mit der Departementsverwaltung. Die Ausbildung wurde organisiert und begann im Oktober 2003. Zwei Phasen: - Phase 1: Okt. 2003 – Juni 2004: Erlernen, Alphabetisierung. - Phase 2: Sept. 2004 – Jan. 2005 (Schwerpunkt Lernen).
aufgetretene Schwierigkeiten	Gewisse Frauen wussten nicht, wie man einen Stift hält und hatten Probleme sich zu konzentrieren. Schwieriges Erlernen des Funktionierens einer Gruppe. Probleme, ein gemeinsames Mahl zu organisieren. Nichteigenständige Frauen.
Kommunikation	Regelmäßige Besuche der Lokalpolitiker bei der Schülerinnengruppe: Treffen mit den Personen der Zielgruppe; keine Presseartikel: einige Teilnehmerinnen lehnten dies ab.

PARTNER	**MITTEL**
Ausbildungseinrichtung AIDER. Departementsverwaltung Savoyen. FASILD[18]. Gemeinde St. Pierre d'Albigny. MSA, FSE[19], CAF. DDTEFP[20].	Sozialarbeiterin, Partner im Leitungsgremium, Koordinatorin für sozialen Zusammenhalt TDS[21]. Mehrzwecksaal der Gemeinde, MAD Informatikmaterial und Lernhilfen durch OF. Finanzierung: Phase 1: 14.500 € (FASILD, MSA, FSE, Departements-verwaltung 73, Gemeinde und Teilnehmerinnen). Phase 2: 22.807 € (FASILD, DDTEFP, Gemeinde, MSA FSE, Teil-.nehmerinnen, REAP[22]).

RESULTATE UND PERSPEKTIVEN DER AKTION
Regelmäßige Betreuung der Gruppe durch die MSA-Sozialarbeiterin und die Koordinatorin für sozialen Zusammenhalt der Departementsverwaltung von Savoyen. Regelmäßige Präsenz der 9 Teilnehmerinnen. Ergebnisse: Aufwertung der Frauen, Öffnung für das Sozialleben: ein Kind in einer Krippe angemeldet, 1 junge Frau ins Berufsleben eingegliedert, persönliches Engagement außerhalb der Ausbildung, körperliches Wohlbefinden der Frauen. Ein anderes Ansehen der kulturellen Herkunft der Frauen bei der Lokalbevölkerung. Berücksichtigung der Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe durch die Lokalpolitiker. Stärkung der Partnerdynamik.

[18] FASILD: Hilfs- und Unterstützungsfonds für Integration und Bekämpfung von Diskriminierungen.
[19] FSE: Europäischer Sozialfonds (ESF).
[20] DDTEFP: Departement-Behörde für Arbeit, Beschäftigung und Berufsausbildung.
[21] TDS: Soziale Entwicklungsgebiete.
[22] REAP: Netzwerk für Elternberatung und -hilfe.

Bernard Crépeau

KONTAKTDATEN DES/DER VERANTWORTLICHEN DES PROJEKTS / DER AKTION
Name und Vorname: Pierrard Françoise Funktion: Verantwortliche des Sozialdienstes in Savoyen E-Mail: pierrard.francoise@alpesdunord.msa.fr

Projekt 5 « WANDERARBEITER »

NAME DER EINRICHTUNG: **Caisse départementale de la Mutualité Sociale Agricole (CMSA) de la Haute Garonne (Departementskasse der sozialen landwirtschaftlichen Hilfsvereine auf Gegenseitigkeit, Haute Garonne)**	LAND: **Frankreich**
FUNKTION DER EINRICHTUNG IM PROJEKT: **Initiative und Umsetzung.**	BEGINN DER AKTION: **Mai 2003** ENDE DER AKTION: **läuft noch**

URSPRUNG DER AKTION

Etwa 50 % der Personen, die die Sozialberatungsstelle in Toulouse in Anspruch nehmen, sind Migranten aus dem Maghreb. Wiederkehrende Anfragen zu erhaltenen Verwaltungsdokumenten, auszufüllenden Formularen, beizubringenden Belegen, nicht berechtigten oder nicht erhaltenen Leistungen (eine Studie wurde erstellt).

ZIELGRUPPE DER AKTION

Wanderarbeiter aus Marokko, Tunesien und Algerien, die sich an die Beratungsstelle wenden.

AKTION

Ziele	Sensibilisierung dieser Bevölkerungsgruppe für die Wichtigkeit von Verwaltungsgängen in Frankreich, insbesondere was ihre Kinder betrifft. Erleichterung des Verständnisses von Schreiben der Kasse (DTR, jährliche Einkommenserklärung, Adressänderung, neue Familienzusammensetzung oder Änderung des Familienstandes eines der Familienmitglieder, usw.).
Ablauf	Präsentation und Erklärung der Aktion in Beisein eines Dolmetschers, um das richtige Verständnis der Teilnehmer sicher zu stellen (ein Dolmetscher garantiert die politische und religiöse Neutralität). Organisation thematischer und geselliger Veranstaltungen im Bürgerhaus des Wohnviertels der Wanderarbeiter. Suche nach qualifizierten und kulturell sensibilisierten Personen, für Beiträge zu den von den Teilnehmern erwarteten Themen (SSAE, Gesundheitsberater).
Schwierigkeiten	Kofinanzierung durch FASIL nicht gewährt, weil Finanzierungspolitik für Aktionen 2003 geändert wurde. Suche nach Dolmetscher.
Kommunikation	Nicht mitgeteilt.

PARTNER	MITTEL
CCPS (Koordinationsausschuss). Bürgerhaus von Bagatelle. SSAE (Expertise). COFRIMI (Expertise).	Arbeit der Sozialarbeiterin und Beitragender (CMSA 31, Vereinigungen, SSAE usw.). Räumlichkeiten gratis bereitgestellt durch Bürgerhaus. 700 € für 2003, im Wesentlichen zur Bezahlung des Dolmetschers.

RESULTATE UND PERSPEKTIVEN DER AKTION

13 Personen nehmen regelmäßig teil (Teilnehmerquote gegen 85 %).
Vorteile aus Sicht der Institution: Öffnung für ein spezifisches Publikum von Lohnarbeitern aus der Landwirtschaft, besseres Verständnis ihrer Lebensweise und Kultur. Erreichung einer ausgeglichenen Beziehung des Sozialarbeiters und der Institution. Vorteile aus Sicht der Migranten: Entdeckung der Wichtigkeit des geschriebenen Worts, der Verwaltungsunterlagen und der Verbindungen zwischen den Diensten und Institutionen. Zufriedenheit darüber, dass sich eine Institution um sie bemüht und ihnen erklärt, wie sie funktioniert. Die Anwesenheit des Dolmetschers (nicht von der Institution) gewährleistet eine umfassende und verständliche Information.
Diese Dynamik beruht zugleich auf einem Ort der Information und des Austauschs. Die Bewertung dieser Aktion zeigt die Wichtigkeit der Sprachbarriere. Ohne Beisein des Dolmetschers hätte es weder einen Austausch noch gegenseitige Verständigung gegeben. Die Wirkung schlägt sich in einer Änderung der Anfragen an die Institution und in einer größeren Reaktionsbreite auf Verwaltungsschreiben nieder.
Verlängerung der Aktion durch die Einrichtung einer (Verwaltungs- und) Sozialberatungsstelle mit

Dolmetscher auf Versuchsbasis.
KONTAKTDATEN DES/DER VERANTWORTLICHEN DES PROJEKTS / DER AKTION
Name und Vorname: Fabre Martine Funktion: Verantwortliche der Sozialaktion E-Mail: fabre.martine@msa31.msa.fr

Projekt 6 « ERHÖHUNG DER ETHNISCHEN DIVERSITÄT IN DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG DES DISTRIKTS VÄRMLAND »

(Increased etnic multi-mix in public administration of the county of Värmland)

NAME DER EINRICHTUNG: **Försäkringskassan Värmland, Regionalbüro des allgemeinen Systems der sozialen Sicherheit (SFA) des Distrikts Värmland** (The Regional Office of the General Social Security System of the county of Värmland)	LAND: **Schweden**
FUNKTION DER EINRICHTUNG IM PROJEKT: **Koordination mit anderen öffentlichen Einrichtungen, Tutoring.**	BEGINN DER AKTION: **November 2002** ENDE DER AKTION: **Ende August 2003**
URSPRUNG DER AKTION	
Migranten waren im SFA-Büro unterrepräsentiert und es gab ganz allgemein einen geringen Anteil von Migranten in der öffentlichen Verwaltung von Värmland.	
ZIELGRUPPE DER AKTION	
Langzeitarbeitslose Migranten, die ihre Schulprüfungen bestanden hatten. 17 Teilnehmer.	
AKTION	
Ziele	Erhöhung des Migrantenanteils unter den Mitarbeitern in den fünf öffentlichen Verwaltungen des Distrikts Värmland. Einstellung von 50 % der Projektteilnehmer bei den fünf Verwaltungen.
Ablauf	Das Projekt wurde nach einem Gedankenaustausch der Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung gestartet. Es bestand in der Organisation einer Ausbildung über die schwedische öffentliche Verwaltung für Migranten. Letztere konnten sich auch damit vertraut machen, wie die Verwaltung in der Praxis funktioniert.
Schwierigkeiten	Nicht mitgeteilt.
Kommunikation	Medien, Lokalradio, Zeitungen.
PARTNER	**MITTEL**
Lokale öffentliche Verwaltung.	1 Projektleiter, 10 Ausbilder, 20 Tutoren. Lehrmaterial. 50.000 € (Subventionen vom Europäischen Strukturfonds).
RESULTATE UND PERSPEKTIVEN DER AKTION	
Das Projekt wurde von der Universität Karlstadt bewertet. Die Ziele wurden erreicht. Mehr als 70 % der Teilnehmer haben eine Arbeit in der öffentlichen Verwaltung gefunden (12 von 17 Teilnehmern). Es ist auch eine Annäherung zwischen den Migranten und der Verwaltung festzustellen. Die Aktion für eine kleine Gruppe von Personen war jedoch relativ teuer und verlangte viel Arbeit.	
KONTAKTDATEN DES/DER VERANTWORTLICHEN DES PROJEKTS / DER AKTION	
Name und Vorname: Ljunggren Lars-Eric Funktion: Projektleiter, Verantwortlicher Leiter bei Försäkringskassan Värmland E-Mail: lars-eric.ljunggren@fk17.sfa.se	

Projekt 7 « ALLGEMEINE AUSBILDUNG DER MITARBEITER VON FÖRSÄKRINGKASSEN VÄRMLAND »

(General education of employees in SFA organisation, "think by yourself")

NAME DER EINRICHTUNG: **Försäkringskassan Värmland, Regionalbüro des allgemeinen Systems der sozialen Sicherheit (SFA) des Distrikts Värmland** (The Regional Office of the General Social Security System of the county of Värmland)	LAND: **Schweden**
FUNKTION DER EINRICHTUNG IM PROJEKT: **Initiative auf Lokalebene auf Linie der Regierungsprogramme.**	BEGINN DER AKTION: **Januar 2004** ENDE DER AKTION: **Juni 2004**
URSPRUNG DER AKTION	
Migranten, die eine wichtige Gruppe für das System der sozialen Sicherheit bilden, sollten dessen Funktionsweise und Ziele kennen. Die Mitarbeiter müssen sich ihrerseits über die verschiedenen Kulturen informieren und sich entsprechend verhalten. Diese Art von Aktionen besteht seit Ende der neunziger Jahre.	
ZIELGRUPPE DER AKTION	
Mitarbeiter des Regionalbüros des allgemeinen Systems der sozialen Sicherheit (SFA), Distrikt Värmland.	
AKTION	
Ziele	Die Wahrnehmung der Wichtigkeit eines Migranten gegenüber angemessenen Verhaltens fördern.
Ablauf	Alle Mitarbeiter (400 Personen) wurden aufgefordert, ein Buch über Migranten, ihre Kultur und die gegenüber Migranten einzunehmende Haltung zu lesen und sich damit auseinander zu setzen. Hierzu wurde ein eigenes Handbuch geschaffen. Danach wurden Diskussionsgruppen gebildet.
Schwierigkeiten	Nicht mitgeteilt.
Kommunikation	Im jährlichen Arbeitsplan.
PARTNER	**MITTEL**
Verband der Regionalbüros der schwedischen sozialen Sicherheit (SFA).	400 Personen. Handbücher.
RESULTATE UND PERSPEKTIVEN DER AKTION	
Das Projekt förderte die Wahrnehmung der Mitarbeiter für besondere kulturelle Aspekte in Zusammenhang mit Migranten.	
KONTAKTDATEN DES/DER VERANTWORTLICHEN DES PROJEKTS / DER AKTION	
Name und Vorname: Ljunggren Lars-Eric Funktion: Hauptverantwortlicher bei Försäkringskassan Värmland E-Mail: lars-eric.ljunggren@fk17.sfa.se	

Projekt 8 « MIT MIGRANTEN FÜR MIGRANTEN »

NAME DER EINRICHTUNG: **Ethno-Medizinisches Zentrum e.V. (EMZ) im Rahmen des Programms zur Gesundheitsförderung des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen (BKK)**	LAND: **Deutschland**
FUNKTION DER EINRICHTUNG IM PROJEKT: **BKK – Initiative des Programms "Mehr Gesundheit für alle"; Finanzierung.** **EMZ – Initiative des Projekts, Koordinator und Projektleiter.**	BEGINN DER AKTION: **August 2003** ENDE DER AKTION: **läuft noch**

URSPRUNG DER AKTION

Migranten und ihre Kinder nutzen die Maßnahmen der Gesundheitsförderung zu wenig. EMZ Hannover schlug vor, für sie die Gesundheitsförderung und Prävention zu entwickeln. Dabei sollen qualifizierte Migranten gewonnen und als "interkulturelle Gesundheitsmediatoren" geschult werden.

ZIELGRUPPE DER AKTION

Zweisprachige Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion, Ex-Jugoslawien und der Türkei und Migranten die in vier Städten Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens leben: Hannover (505.649 Einwohner, davon 75.975 (15 %) nichtdeutscher Staatsangehörigkeit); Hildesheim (292.979 Einwohner im Landkreis, 36.000 Migranten – 5,9 %); Bielefeld (330.000 Einwohner, etwa 39.000 Migranten (13 %) – Türken, Griechen, Serben, Kroaten, Russen und Polen); Münster (269.000 Einwohner, 26.664 Ausländer mit 69 verschiedenen Staatsangehörigkeiten).

AKTION

Ziele	Die Migranten mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst vertraut machen, damit sie ihn besser nutzen können. Überwindung der Sprachbarrieren durch die Schulung von interkulturellen Mediatoren. Den Zugang der Migranten zur Gesundheitsinformation durch Aufklärungskampagnen in ihren Sprachen, durch von den Mediatoren gegebene Informationen, durch einen (aus dem Deutschen in die verschiedenen Sprachen übersetzten) Gesundheitswegweiser gewährleisten.
Ablauf	Strukturierungsphase (01.08.2003 – 30.11.2003): Entwurf des Schulungsprogramms und der Programmmodule, Entwicklung der Bewertungsmethoden, Vorbereitung einer Projektbroschüre, Entwicklung des mehrsprachigen Gesundheitswegweisers, Rekrutierung von Migranten – künftige Gesundheitsmediatoren, Vorbereitung der Schulung. Schulungsphase (15.12.2003 – 15.03.2004) – Schulung der Mediatoren, Prüfungen, Konferenz über das Projekt, Vorbereitung der Informationskampagne. Kampagne (15.02.2004 – 31.05.2004) – Durchführung der Informationskampagnen in verschiedenen Sprachen und unter Berücksichtigung kultureller Aspekte. Bewertungsphase (01.06.2004 – 31.07.2004) – Präsentation der Ergebnisse und Abschlussbericht.
Schwierigkeiten	Für die Durchführung des Projekts vorgesehene Zeit war zu kurz, musste (mit Zustimmung der BKK) verlängert werden. Das Budget deckte einen Teil der Übersetzungen nicht ab – die Mediatoren mussten selbst einen Teil machen.
Kommunikation	Regelmäßige Treffen der Mediatoren, Konferenzen über das Projekt auf Lokal- und Landesebene, Sitzungen und Verteilung der Informationen über E-Mail.

PARTNER	MITTEL
Gesundheitsamt der Stadt Münster. Kulturamt der Stadt Bielefeld. Fachbereich Gesundheit und Soziales, Landkreis Hildesheim. Medizinische Hochschule Hannover. Fachhochschule Münster.	Mitarbeiter des "Ethno-Medizinischen Zentrums" Lokale Projektkoordinatoren in Bielefeld, Hildesheim, Münster. Broschüren auf Deutsch, Folien und Gesundheitswegweiser in verschiedenen Sprachen. Budget von 80.000 € (BKK).

RESULTATE UND PERSPEKTIVEN DER AKTION

73 Mediatoren geschult. Zur Zeit führen sie die ersten Informationsaktionen durch, deren Ergebnis noch schwer zu bewerten ist. Nach der Modellphase ist das Projekt beliebig erweiterbar und kann im ganzen

Bundesgebiet angewendet werden.
KONTAKTDATEN DES/DER VERANTWORTLICHEN DES PROJEKTS / DER AKTION
Name und Vorname: Salman Ramazan Funktion: Geschäftsführer des EMZ E-Mail: salman@onlinehome.de

Projekt 9 « MIGRANTINNEN ALS GESUNDHEITSMANAGERINNEN DER FAMILIE »

(Migrant women as family managers)

NAME DER EINRICHTUNG: **Gesundheit Berlin e.V. im Rahmen des Programms zur Gesundheitsvorsorge des Bundesverbandes für Betriebs-krankenkassen (BKK)**	LAND: **Deutschland**
FUNKTION DER EINRICHTUNG IM PROJEKT: **BKK – Initiative des Programms "Mehr Gesundheit für alle"; Finanzierung. Gesundheit Berlin – Initiative und Umsetzung des Projekts, Koordination, Expertise.**	BEGINN DER AKTION: **Oktober 2003** ENDE DER AKTION: **Ende März 2004**

URSPRUNG DER AKTION

Das Projekt wird in Berlin in Stadtteilen mit einem hohen Migrantenanteil vor allem türkischer und arabischer Herkunft durchgeführt. In diesen Stadtteilen gibt es mehrere Bürgerzentren mit Beratungsstellen für Migranten, die auch als Treffpunkt dienen, darunter Gesundheit Berlin e.V. Die Grundidee war, dass Frauen am besten ihre Familien und nachbarschaftliche Umgebung über Gesundheit informieren können.

ZIELGRUPPE DER AKTION

Zwei türkische Frauengruppen, ihre Familien, die Nachbarn, Besucher der Beratungsstellen.

AKTION

Ziele	Migrantinnen und ihren Kindern den Zugang zu Gesundheitsinformationen und -system erleichtern. Zugang der Migranten zur Informationstechnologie (Internet) fördern. Aktivitäten in der Gemeinde und den Bürgerzentren entwickeln.
Ablauf	Das Projekt besteht aus zwei Modulen: 1. "Internet-Café über Gesundheitsinformation". Ziel des Moduls ist es, im Bürgerzentrum eine Struktur für Migrantinnen und ihre Familien zu schaffen, wo sie sich über Gesundheit informieren können. Eine türkische Frauengruppe wurde in der Nutzung von Internet für die Suche nach Gesundheitsinformationen geschult. Nach Abschluss der Schulung werden sie selbständig Treffen im Bürgerzentrum für Interessierte veranstalten. 2. "Türkisches Kochbuch". Dieses Modul dreht sich um Ernährung. Wie Studien zeigen, gibt es unter der türkischen Bevölkerung und vor allem unter den Kindern ein Problem mit Übergewicht. Nach Analyse von Rezepten und Essverhalten erwirbt eine Frauengruppe Grundkenntnisse über gesunde und ausgewogene Ernährung. Diese Frauen geben die erhaltenen Informationen an ihre Familien weiter. Im Rahmen des Projekts wird ein türkisches Kochbuch mit Informationen zu einer ausgewogenen Ernährung zusammengestellt.
Schwierigkeiten	Nicht mitgeteilt.
Kommunikation	Präsentation auf einem Kongress über Gesundheitsförderung im Netzwerk der Fachkräfte für Gesundheit und Migration in den Medien (Newsletter, Fernsehen, Radio, Internet). Kommunikation mit der Institution, die das Projekt finanziert (BKK). Vorstellung des Projekts in der Öffentlichkeit.

PARTNER	**MITTEL**
Nichtregierungsorganisationen. Einrichtungen des Sozialschutzes. Krankenversicherungssektor.	2 Personen werden mit der Entwicklung und der Umsetzung des Projekts betraut, 2 Personen mit Öffentlichkeitsarbeit und Sekretariat. 4 Computer und Räumlichkeiten in den Bürger-zentren. Budget von 34.568 €.

RESULTATE UND PERSPEKTIVEN DER AKTION

Interkulturelle Öffnung des Gesundheitssystems – neue Ausrichtung, in der die Migranten als wichtige Gruppe gelten. Die vom Projekt betroffenen Migrantengruppen betrachten sich selbst als vollwertige Partner im Gesundheitssystem.

Bernard Crépeau

KONTAKTDATEN DES/DER VERANTWORTLICHEN DES PROJEKTS / DER AKTION
Name und Vorname: Geene Raimund Funktion: Geschäftsführer E-Mail: geene@gesundheitberlin.de

Projekt 10 « MIGRATION UND SUCHT »

(Migration and addiction)

NAME DER EINRICHTUNG: **Universität Duisburg-Essen, Institut für praxisorientierte Sozialwissenschaften im Rahmen des Programms zur Gesundheitsförderung des Bundesverbandes für Betriebs-krankenkassen (BKK)**	LAND: **Deutschland**
FUNKTION DER EINRICHTUNG IM PROJEKT: **Universität Duisburg-Essen – Projektleitung** **BKK – Initiative des Programms "Mehr Gesundheit für alle"; Finanzierung.**	BEGINN DER AKTION: **August 2003** ENDE DER AKTION: **Ende April 2005**
URSPRUNG DER AKTION	
Ein großer Anteil der Studenten mit Migrationshintergrund an der Universität Duisburg (in der Stadt sind 76693 der 584150 Einwohner Migranten) bietet die Möglichkeit, ein Forschungs- und Bildungsprojekt in direktem Zusammenhang mit den Migrationserfahrungen dieser Studenten durchzuführen. Es gibt zwei Module: "Migration und Gesundheit" und "Migration und Abhängigkeit und/oder Missbrauch von Substanzen".	
ZIELGRUPPE DER AKTION	
Studenten mit Migrationshintergrund.	
AKTION	
Ziele	Ein Projekt durchführen, das Forschung und Praxis vereint. Die Ausbildung künftiger Sozialarbeiter mit interkulturellen Kompetenzen fördern, die im Bereich der Suchtprävention arbeiten werden. Innovative Verfahren zur Suchtprävention identifizieren und entwickeln, die den Migrationskontext und kulturelle Aspekte berücksichtigen.
Ablauf	Das Projekt ist im Studienprogramm der Universität Duisburg integriert. So lassen sich Theorie und Praxis vereinen, reproduzierbare Präventionsverfahren entwickeln und die Zusammenhänge zwischen Migration und Sucht untersuchen. Das Projekt läuft für drei Semester am Institut für praxisorientierte Sozialwissenschaften (Oktober 2003 – März 2005). Das erste Einführungsmodul "Migration und Gesundheit – gesunde Integration?" soll grundlegende Kenntnisse für die Suchtprävention vermitteln. Die beiden Folgemodule umfassen zwei Teile des Forschungsprojekts.
Schwierigkeiten	Nicht mitgeteilt.
Kommunikation	Nicht mitgeteilt.
PARTNER	**MITTEL**
Verschiedene Organisationen, die in Fragen der Migration und Sucht (in der Prävention) tätig sind.	3 Professoren. Räumlichkeiten der Universität. 20.010 €.
RESULTATE UND PERSPEKTIVEN DER AKTION	
130 Studierende aus verschiedenen Bereichen der Sozialwissenschaften haben an der Einführungsvorlesung im Wintersemester 2003/2004 teilgenommen. Etwa 50 % davon waren entweder in Deutschland geborene Kinder von Migranten oder selbst Zuwanderer. Das Projekt hat das Verdienst, theoretische und praktische Kenntnisse zu vermitteln, in die die Studierenden ihre eigenen Migrationserfahrungen einbringen können. Bei Abschluss des Programms werden für die Prävention neue auf interkulturelle Aspekte vorbereitete Sozialarbeiter zur Verfügung stehen.	
KONTAKTDATEN DES/DER VERANTWORTLICHEN DES PROJEKTS / DER AKTION	
Name und Vorname: Prof. Berendt Ulrike Funktion: Professorin E-Mail: Ulrike.Berendt@uni-duisburg.de	